

Die wirtschaftliche Bedeutung der Donauländer

Autor(en): **Rikli, Erika**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **28 (1936)**

Heft 5

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-352811>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Donauländer.

Von Erika Rikli.

Der Weltkrieg hatte grosse wirtschaftliche Verschiebungen zur Folge. Die Bedeutung des durch den Krieg geschwächten Europas nahm ab, während andere Kontinente, in erster Linie Amerika, auf den verschiedensten Gebieten die Vorherrschaft an sich zu reissen begannen. Der Anteil Europas am Weltaussenhandel ist gesunken, obschon die Zahl der europäischen Staaten sich vermehrt hat. Betrug er 1913 noch 61,2 Prozent, so schrumpfte er bis 1934 auf 55,7 Prozent zusammen. Die Industrieproduktion Amerikas ist stärker gestiegen als die europäische. Die Vereinigten Staaten sind in manchen Industriezweigen die Hauptproduzenten; man denke nur an die Rolle Amerikas in der Automobilproduktion. Die gleiche Wandlung ist auf dem Kapitalmarkt zu beobachten. Von einem Kapitalimportland sind die Vereinigten Staaten während und vor allem nach dem Krieg zu einem internationalen Kreditgeber ersten Ranges herangewachsen. Die Wirtschaftskrise hat die Vereinigten Staaten geschwächt, vielleicht stärker geschwächt als die europäischen Staaten, und doch ist nicht daran zu denken, dass das wirtschaftliche Vordringen Amerikas für dauernd gehemmt worden ist; im Gegenteil, es scheint, dass — ganz abgesehen von neuen politischen Wirren in Europa — die Bedeutung der Vereinigten Staaten auch weiterhin zunehmen wird.

Mit Neid betrachtet das zersplitterte Europa die Geschlossenheit der Vereinigten Staaten, die politische Einigung und wirtschaftliche Zusammenarbeit dieser zahlreichen Einzelstaaten. Die Zerstückelung Europas ist durch die Gebietsaufteilungen nach dem Weltkrieg vergrössert worden. Zudem sind in allen Staaten Autarkiebestrebungen zu beobachten, die während des Krieges auftauchten, in der Nachkriegszeit vorübergehend zu einem gewissen Stillstand kamen und infolge der Wirtschaftskrise wieder erheblich verstärkt wurden.

Der Vergleich mit den Vereinigten Staaten von Amerika führt seit Jahren immer wieder zu Plänen, die sich die Vereinigten Staaten von Europa zum Ziel setzen, wie Paneuropa und viele andere Vorschläge. Diese verschiedenen Projekte weichen in der Zwecksetzung und in ihrer Tragweite stark voneinander ab. Die einen stellen mehr die politische, die anderen mehr die wirtschaftliche Zusammenarbeit in den Vordergrund; die einen wollen die überseeischen Besitzungen der europäischen Kolonialmächte mitumfassen, während die anderen davon absehen. Einige Pläne schliessen Russland und England von der Zusammenarbeit aus, andere verlangen die Erfassung aller europäischen Staaten. Manche sind wirtschaftlich oder politisch gegen andere vordringende Län-

dergruppen gerichtet, zum Beispiel gegen das britische Weltreich, gegen die Vereinigten Staaten von Amerika, gegen Japan oder gegen das kommunistische Russland. Doch es gibt auch Pläne, die aus ausgesprochen pazifistischen Gedanken hervorgegangen sind. Alle diese verschiedenen Projekte haben jedoch das eine gemeinsam, nämlich das Streben nach europäischer Einigung, nach gegenseitiger Hilfe. Bisher ist es beim Projektmachen geblieben. Voraussichtlich wird dies auch in den nächsten Jahrzehnten nicht ändern. Die politischen Rivalitäten und die Angst vor der wirtschaftlichen Konkurrenz verhindern die europäische Geschlossenheit.

Bei diesen Vorschlägen ist wiederholt die Frage des Agrarimportes aufgetaucht. In der Nahrungsmittelversorgung ist zweifellos die europäische Abhängigkeit von den anderen Kontinenten gestiegen. Die Industriestaaten haben zwar seit Jahren versucht, ihre eigene Landwirtschaft vor der überseeischen Konkurrenz zu schützen; doch Europas Lebensmittelimport hat sich vermehrt. Bezogen die Industriestaaten vor dem Weltkrieg noch einen erheblichen Anteil ihres Nahrungsmittelbedarfs, besonders ihrer Getreideeinfuhr, aus den europäischen Agrarstaaten, vor allem aus Ost- und Südeuropa, so wurden diese Lieferanten durch die mit billigeren Produktions- und Transportkosten arbeitenden Ueberseestaaten verdrängt. Es wurde daher wiederholt die Frage aufgeworfen, ob es den europäischen Industriestaaten möglich sei, die südosteuropäischen Agrarländer wirtschaftlich zu stützen und Absatz für ihre Produkte zu schaffen. Allein, alle Pläne — es war vor allem die Einführung von Vorzugszöllen für europäisches Getreide vorgesehen — scheiterten am Widerstand der Industriestaaten, insbesondere Englands, und der aussereuropäischen Getreidelieferanten.

Die südosteuropäischen Länder sahen sich daher veranlasst, unter sich eine Lösung zu suchen. Diese Zusammenarbeit in kleinerem Rahmen war um so mehr gegeben, als es sich bei den interessierten Ländern in der Hauptsache um die Erben der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie handelt. Nach dem Weltkrieg wurde dieses Gebiet, das trotz dem Rassen- und Sprachgemisch wirtschaftlich zusammenarbeitete, auseinandergerissen und ohne wirtschaftliche Rücksichten in zahlreiche Einzelstaaten aufgeteilt.

Die Aufteilung Oesterreich-Ungarns.

	Fläche in Tausend km ²	Fläche in Prozent	Bevölkerung in Millionen	Einwohner pro km ²
Oesterreich	84	12,4	6,7	80
Ungarn	93	13,7	8,0	86
Tschechoslowakei	140	20,8	13,6	97
Jugoslawien	143	21,0	7,5	52
Rumänien	113	16,7	6,2	55
Polen	81	11,9	7,7	95
Italien	24	3,5	1,6	67
Ehemaliges Oesterreich-Ungarn .	678	100,0	51,3	76

Die Nachfolgestaaten Oesterreich-Ungarns und die Balkanländer.



Die schraffierte Grenzlinie umfasst das ehemalige Oesterreich-Ungarn.

Oesterreich, Ungarn und die Tschechoslowakei wurden aus den Gebieten, die früher Oesterreich-Ungarn angehörten, geschaffen. Sie erhielten die dichter bevölkerten Gegenden. Das am dichtesten besiedelte Industriegebiet fiel an die Tschechoslowakei, während die landwirtschaftlichen Teile Jugoslawien und Rumänien zugeschlagen wurden. Jugoslawien fielen ausserdem Serbien, Montenegro und ein Teil Bulgariens zu. Rumänien, das früher nur die Hälfte des heutigen Gebietes umfasste, erhielt das vor dem Krieg Russland gehörende Bessarabien. Zudem fanden auch zwischen Griechenland und Bulgarien Grenzverschiebungen zugunsten Griechenlands statt. Die Nachfolgestaaten Oesterreich-Ungarns und die südosteuropäischen Staaten umfassen heute folgende Flächen und Bevölkerungsmassen:

	Fläche in km ²	Bevölkerung in Tausend	Einwohner auf 1 km ²
Oesterreich	83,857	6,763	81
Ungarn	93,073	8,688	93
Tschechoslowakei	140,446	14,726	105
Jugoslawien	247,542	13,934	56
Rumänien	294,967	18,177	62
Bulgarien	103,146	6,090	59
Griechenland	130,199	6,205	48
Gesamtes Gebiet	1,093,230	74,583	68

War die wirtschaftliche Zusammengehörigkeit auch nach den Gebietsveränderungen anfangs noch vorhanden, so löste sich mit der Zeit die gegenseitige Abhängigkeit. Die neugeschaffenen Staaten suchten ihre Eigenversorgung zu vergrössern, um so mehr, als ihr Agrarexport nach den übrigen europäischen Staaten fast ganz ausfiel. Nach dem Ausbruch der Agrarkrise wurde die Lage dieser Länder, die ohnehin schon sehr schwierig war, noch verschlechtert. Da keine Aussicht mehr bestand, die Bedeutung ihrer Agrarproduktion aufrechtzuerhalten, blieb ihnen nichts anderes übrig, als ihre Grenzen für den Fabrikatimport zu schliessen und sich selbst zu industrialisieren. Der Prozentsatz der Erwerbstätigen in Industrie und Bergbau nahm in den meisten Ländern zu.

Erwerbstätige:

	Land- und Forst- wirtschaft, Fischerei		Industrie und Bergbau		Handel und Verkehr	
	um 1920	um 1930	um 1920	um 1930	um 1920	um 1930
	in Prozent aller Erwerbstätigen					
Oesterreich	39,9	31,7	33,6	36,9	15,4	16,2
Ungarn	58,2	55,7	20,1	21,6	9,5	8,7
Tschechoslowakei	40,5	38,3	37,5	37,4	10,1	12,2
Jugoslawien	82,4	—	8,8	—	4,3	—
Bulgarien	82,4	80,9	8,3	10,1	4,1	4,1
Griechenland	49,6	53,7	29,5	28,1	11,8	11,7

Die Tschechoslowakei bildet eine Ausnahme. Auch in Griechenland ist der Prozentsatz der industriellen Bevölkerung zurückgegangen. Griechenlands Industrialisierung setzte erst später ein, ging dann aber in um so rascherem Tempo vor sich. Dies zeigt die Entwicklung der industriellen Erzeugung, besonders das Wachstum der Textilproduktion.

Index der industriellen Produktion, total:

	Oesterreich	Ungarn	Tschechoslowakei 1929 = 100	Rumänien	Griechenland
1924	68	—	76	60	—
1926	79	—	77	75	83
1928	98	98	96	94	98
1930	85	94	89	97	103
1932	64	77	64	88	101
1934	72	98	66	124	125
1935	80	111	70	114 *	139 **

Textilproduktion:

	Oesterreich	Ungarn	Tschechoslowakei 1929 = 100	Rumänien	Griechenland
1926	86	87	81	—	79
1928	101	99	101	83	99
1930	93	100	91	106	110
1932	87	94	68	129	120
1934	111	129	76	169	153
1935	128	123	74	—	145 *

* erstes Halbjahr. ** erste neun Monate.

Ausser in der Tschechoslowakei ist die Produktion von Textilien überall bedeutend grösser als 1926. Ja, wenn man die Entwicklung der rumänischen und griechischen Indices betrachtet, könnte man fast versucht sein, zu glauben, dass sich diese Staaten eines ununterbrochenen Aufschwungs erfreuen. Doch auch heute noch spielt die Industrie eine ziemlich untergeordnete Rolle. Die Weltwirtschaftskrise wirkte sich im Zerfall der Agrarproduktion aus. Der Ausbau der Industrie wurde durch die Devisenbeschränkungen, die die Einfuhr hemmen, gefördert. Einige Länder, speziell Griechenland und Jugoslawien, verfügen auch über eine gute Rohstoffbasis. Griechenland sucht die Baumwollpflanzung zur Versorgung seiner wachsenden Textilproduktion zu fördern.

Die Tschechoslowakei hat diesen Industrialisierungsprozess nicht mitgemacht. Sie ist ein schon hochindustrielles Land und hat unter den Auswirkungen der neuen Entwicklung stark zu leiden. Hier zeigt sich sogar der umgekehrte Verlauf. Die Tschechoslowakei ist bestrebt, ihre Landwirtschaft auszubauen und die Grenzen für die ausländischen Agrarprodukte zu sperren. Die Selbstversorgung mit Weizen ist in den letzten Jahren rasch angestiegen.

Weizen-Ein- und -Ausfuhr in 1000 Tonnen:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1928/29	1934/35	1928/29	1934/35
Oesterreich	2,202	2,178	1	—
Ungarn	—	—	3,755	2,960
Tschechoslowakei . .	2,234	385	7	2
Jugoslawien	—	1	2,368	1,134
Rumänien	—	2	183	1,151
Bulgarien	?	—	?	100
Griechenland	5,555	3,939	—	—
Gesamtes Gebiet . .	9,991	6,505	6,314	5,347

Die Weizenimportländer haben ihre Einfuhr eingeschränkt, besonders ausgeprägt die Tschechoslowakei. Auf der anderen Seite ging der Export der übrigen Staaten zurück. Ganz erheblich schrumpfte er in Ungarn und in Jugoslawien, während er in Rumänien vergrössert werden konnte.

Trotz der allmählichen Beseitigung der früheren Arbeitsteilung ist der Handelsverkehr dieser Staaten unter sich immer noch sehr bedeutend. 1933 ging rund ein Drittel der österreichischen Aus-

fuhr nach den Donauländern, aus Ungarn und Jugoslawien etwas über 40 Prozent der Gesamtausfuhr, während die entsprechende Zahl in der Tschechoslowakei 23 und in Rumänien 18 betrug. Weniger eng sind Bulgarien und Griechenland mit den Donauländern verflochten. Ein recht bedeutender Anteil hat Deutschland am Aussenhandel dieser Länder. 38 Prozent der bulgarischen Einfuhr stammte 1933 aus Deutschland. Die Anteile der politisch besonders interessierten Staaten, Frankreichs und Italiens, sind bedeutend kleiner. Italien ist vor allem mit Jugoslawien (1933 lieferte Jugoslawien 21½ Prozent seiner Ausfuhr nach Italien) und Frankreich mit Rumänien verbunden. Im grossen ganzen spielt jedoch der Aussenhandel in diesen Ländern keine sehr grosse Rolle. Pro Kopf der Bevölkerung berechnet, betrugen 1934 Einfuhr und Ausfuhr in Reichsmark:

	Einfuhr	Ausfuhr		Einfuhr	Ausfuhr
Oesterreich . . .	82	62	Rumänien . . .	17	18
Ungarn . . .	20	23	Bulgarien . . .	11	13
Tschechoslowakei . .	44	51	Griechenland . .	32	20
Jugoslawien . . .	14	15	Schweiz . . .	277	161

Nur in Oesterreich und in der Tschechoslowakei hat der Aussenhandel eine gewisse Bedeutung.

Um die gegenseitigen Austauschmöglichkeiten zu betrachten, muss der gesamte Aussenhandel in die Hauptwarengruppen eingeteilt werden. Die Einfuhr an Nahrungsmitteln betrug 1933 in Oesterreich, Ungarn, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien, Griechenland zusammen 609 Millionen Schweizer Franken, die Ausfuhr 686 Millionen, die Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten 1,181 Millionen Franken, die Ausfuhr 1,054 Millionen; bei den Fertigwaren betrug die Einfuhr 1,396, die Ausfuhr 1,160 Millionen Franken. Die Gesamtausfuhr übertraf also die Gesamteinfuhr bei den Nahrungsmitteln, dagegen war der Einfuhrbedarf grösser als der Gesamtexport bei den Rohstoffen und Halbfabrikaten und bei den Fertigwaren. Südosteuropa wird kaum ohne die Absatzmöglichkeiten für Agrarprodukte in anderen europäischen und aussereuropäischen Staaten gedeihen können. Doch aus diesen Zahlen geht hervor, dass diese Länder sich gegenseitig weitgehend beliefern können. Insbesondere könnten die Schwierigkeiten der tschechischen und österreichischen Fabrikatausfuhr durch die Förderung der gegenseitigen Beziehungen behoben werden.

Es ist daher leicht verständlich, dass fast alle Pläne der osteuropäischen Zusammenarbeit von den Industriestaaten ausgehen, von Oesterreich, Ungarn und der Tschechoslowakei. Häufig stehen hinter diesen Vorschlägen allerdings auch politische Ziele, die die Restaurierung des alten österreichisch-ungarischen Staates in irgendeiner Form bezwecken. Die Zusammenarbeit ist jedoch für diese Staaten wirklich eine wirtschaftliche Notwendigkeit. Die

übrigen Länder, besonders diejenigen, die die Industrie erst neu auszubauen gedenken, stehen diesen Projekten etwas kühler gegenüber. Die Verstärkung der Aussenhandelsbeziehungen wird auch von gewissen Erwerbsschichten der Industrieländer bekämpft, vor allem von der gut organisierten tschechischen Agrarpartei, die sich der verstärkten Einfuhr von landwirtschaftlichen Produkten widersetzt.

Die Agrarstaaten beschränkten sich darauf, in zahlreichen Konferenzen ihre eigenen Forderungen aufzustellen, ihre Wünsche in den Sitzungen des Völkerbundes, auf der internationalen Getreidekonferenz 1931 in Rom und in der Konferenz von Stresa von 1932 zu vertreten. Die Konferenz von Stresa empfahl den europäischen Industriestaaten die Schaffung von Einfuhrererleichterungen für die südosteuropäischen Länder. Doch diese Beschlüsse wurden nie verwirklicht.

Und doch bedeutet die Zusammenarbeit des übrigen Europas mit diesen Staaten keine wirtschaftliche Unmöglichkeit. Wohl haben die Industriestaaten kein Interesse an einer vermehrten Agrareinfuhr aus Osteuropa; aber vielleicht werden sie dann, wenn sie damit verbunden neue Absatzgebiete für ihre alten Industrien und neue Kapitalexportmöglichkeiten in diesen Ländern finden können, gerne die Nachteile der Vorzugszölle auf sich nehmen. Südosteuropa leidet unter **K a p i t a l m a n g e l**; seine landwirtschaftliche Produktion ist sehr rückständig und könnte durch Investitionen wesentlich verbessert werden. Der neue, seit einigen Jahren erfolgte Ausbau der Industrie wird vermutlich sehr bald am Kapitalmangel scheitern.

Die Frage der **K r e d i t h i l f e** für die südosteuropäischen Staaten ist schon wiederholt auf internationalen Konferenzen aufgeworfen worden. Frankreich interessierte sich als Kapitalexportland besonders für diese Pläne. 1931 arbeitete der Völkerbund eine Konvention für landwirtschaftlichen Hypothekarkredit aus, die jedoch nie ratifiziert wurde und somit ohne Wirkung blieb. Vielfach wurde wohl auch befürchtet, dass die Kredite zum beschleunigten Ausbau der Industrie und damit zur Konkurrenzierung der europäischen Industrieländer führen würden. Allein, bis jetzt kann noch kaum von einer Konkurrenzierung gesprochen werden. In der Hauptsache handelt es sich ja um die industrielle Verarbeitung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, von Nahrungs- und Genussmitteln. Allerdings verspürt die Textilindustrie schon die Konkurrenz; aber solange Südosteuropa noch keine eigene Maschinenfabrikation besitzt, werden die europäischen Industrieländer aus dem Industrialisierungsprozess ihre Vorteile ziehen.

*

Die **S c h w e i z** ist mit den Donaustaaten ziemlich eng verflochten. Ungefähr ein Zehntel unseres Aussenhandels wickelt sich mit diesen Ländern ab. Import und Export betrugen 1935:

	Einfuhr		Ausfuhr	
	in 1000 Fr.	in 0,0	in 1000 Fr.	in 0,0
Oesterreich	28,963	2,3	21,969	2,7
Ungarn	17,457	1,4	10,584	1,3
Tschechoslowakei	39,863	3,1	23,886	2,9
Jugoslawien	10,129	0,8	7,941	1,0
Rumänien	36,156	2,8	10,981	1,3
Bulgarien	4,488	0,4	4,856	0,6
Griechenland	2,708	0,2	2,963	0,4
Gesamtes Gebiet	139,764	11,0	83,180	10,2

Ungarn und Rumänien gehören zu unseren Getreidelieferanten. Aus Ungarn beziehen wir vorwiegend Weizen, aus Rumänien fast nur Gerste. Zudem erhalten wir aus Jugoslawien Mais. Im schweizerischen Eierimport nehmen Bulgarien und Jugoslawien eine bedeutende Stellung ein. Aus Griechenland bezieht die Schweiz neben Wein und Korinthen grosse Mengen von Rohtabak. Oesterreich ist wie übrigens auch Jugoslawien wichtig für den Holzimport. Die Tschechoslowakei liefert Malz und Hopfen. In den letzten Jahren sind die rumänischen Lieferungen von Petroleumrückständen und Benzin stark angewachsen. Eine kleinere Rolle spielt der Fabrikimport. Nur die Tschechoslowakei und Oesterreich haben hier eine gewisse Bedeutung. Während die Schweiz aus Oesterreich vor allem Papierfabrikate, Baumwollgarne und -gewebe bezieht, führt sie aus der Tschechoslowakei Zucker, Ton-, Glas- und Schmiedewaren ein.

In unserem Export herrschen Anilinfarben, Maschinen, Baumwollfabrikate und Kunstseide vor. Nach Ungarn und der Tschechoslowakei führen wir zudem für bedeutende Summen Uhren aus. Der oben geschilderte Industrialisierungsprozess hatte auch auf die schweizerische Ausfuhr seine Folgen. Während seit einigen Jahren die Ausfuhr von Maschinen und Maschinenbestandteilen stark zunahm, vermehrte sich der Export von Baumwollgarnen und -geweben nur wenig.

Schweizerische Ausfuhr:

	Baumwollgarne und -gewebe					Maschinen- und Maschinenbestandteile				
	1930	1931	1932	1933	1934	1930	1931	1932	1933	1934
	in Millionen Franken									
Oesterreich	8,1	7,1	4,3	6,6	5,8	3,0	1,8	0,9	0,8	1,2
Ungarn	2,9	1,7	1,7	1,1	0,9	1,5	0,4	0,7	0,6	0,9
Tschechoslowakei	6,4	4,7	2,4	2,2	1,6	4,3	3,1	1,4	0,8	1,4
Jugoslawien	1,0	1,0	0,7	0,8	0,5	1,5	2,9	0,8	0,6	1,0
Rumänien	1,3	0,7	0,6	1,3	1,8	4,9	2,6	0,1	2,4	2,4
Bulgarien	0,6	0,6	0,6	1,0	1,3	0,3	0,5	0,2	0,1	0,2
Griechenland	0,7	0,5	0,2	0,2	0,3	0,9	1,3	0,6	0,4	0,4
Gesamtes Gebiet	21,0	16,3	10,5	13,2	12,2	16,4	12,6	4,7	5,7	7,5

Von 1932—1934 stieg die schweizerische Ausfuhr von Baumwollgarnen und Baumwollgeweben um 16 Prozent, von Maschinen und Maschinenbestandteilen um 60 Prozent.

Die Schweiz spielt im Import und Export der Donauländer ebenfalls eine bedeutende Rolle. In Prozenten der gesamten Ein- und Ausfuhr dieser Länder ausgedrückt, betrug 1933 der Aussenhandel nach der Schweiz:

	Einfuhr in Prozent	Ausfuhr
Oesterreich	3,4	8,2
Ungarn	1,8	5,2
Tschechoslowakei	2,8	4,5
Jugoslawien	2,5	3,3
Rumänien	2,9	0,6
Bulgarien	6,9	5,2

So ist denn die wirtschaftliche Verflechtung des Donaugebietes mit der Schweiz ziemlich eng. Der Ausbau der europäischen Zusammenarbeit könnte auch für die Schweiz fördernd wirken; denn eine sinnvolle Arbeitsteilung, die ihre Exportinteressen berücksichtigt, wird für sie von Vorteil sein.

Belgien arbeitet sich aus der Krise heraus.

Von M a x W e b e r.

Bis vor einem Jahr war Belgien ein Leidensgefährte von Holland, Frankreich und der Schweiz, das heisst es litt wie diese Länder unter der Deflation. Da es sich nicht auf eine so starke Landwirtschaft stützen kann wie Frankreich und da es nicht über so grossen Reichtum verfügt wie Holland und die Schweiz, waren seine Reserven früher erschöpft als diejenigen dieser andern Länder, und der Zeitpunkt, da es einfach nicht mehr weiter ging auf dem bisherigen Weg, wurde früher erreicht.

Im März 1935 ist die Deflation durch Kurssenkung des belgischen Frankens zum Stillstand gebracht worden. Gleichzeitig hatte Belgien das Glück, eine Regierung zu bekommen, die mit einem klaren, positiven Programm der Krise auf den Leib rückte und die ihr Programm nicht auf dem Papier stehen liess, sondern auch durchführte. Die Erfolge dieser Umstellung im Kurs der Wirtschaftspolitik sind ganz aussergewöhnlich. In keinem andern Lande konnte man in derart kurzer Zeit eine so durchgreifende Wandlung beobachten. Es ist für uns Schweizer, die wir die « Segnungen » der Deflation weiter verspüren müssen, höchst interessant und lehrreich, das belgische Beispiel zu verfolgen, weshalb wir hier etwas näher darauf eintreten möchten.

Die folgenden Darlegungen stützen sich zumeist auf amtliche statistische Angaben, wozu freilich zu bemerken ist, dass die belgische Statistik noch erhebliche Lücken aufweist und teilweise mit grosser Verspätung erscheint. Besonders aufschlussreich ist